

Antrag 57/I/2026**UBV HVL****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt****Für eine gerechte Reform der Erbschaftsteuer – fair besteuern, Brandenburgs Handlungsfähigkeit stärken**

1 Die SPD Brandenburg unterstützt die Bundes-SPD
 2 aktiv bei ihrem Bestreben nach einer Reform der Erb-
 3 schaftsteuer.

4

5 Ziel dieser Reform muss es sein,

- 6 • große Erbschaften künftig stärker und wirksa-
 7 mer zu besteuern,
- 8 • bestehende Schlupflöcher, Privilegien und
 9 Verrechnungsmöglichkeiten – insbesondere
 10 bei der Vererbung großer Unternehmensver-
 11 mögen – konsequent zu schließen,
- 12 • sicherzustellen, dass kleine und mittlere Erb-
 13 schaften nicht überproportional belastet wer-
 14 den,
- 15 • während gleichzeitig die bislang vielfach ge-
 16 nutzten Möglichkeiten zur Steuervermeidung
 17 bei sehr großen Erbschaften beendet werden.

18

19 Die SPD Brandenburg setzt sich dafür ein, dass die
 20 Erbschaftsteuer wieder stärker zu mehr Steuerge-
 21 rechtigkeit beiträgt und ihrer sozialpolitischen Len-
 22 kungswirkung gerecht wird.

23

24 Da die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer den Län-
 25 dern zufließen, soll die Reform ausdrücklich auch
 26 dazu beitragen, die Einnahmesituation des Landes
 27 Brandenburg zu verbessern und damit die finansi-
 28 elle Handlungsfähigkeit sowie die politischen Ge-
 29 staltungsspielräume der Landesregierung zu stär-
 30 ken – insbesondere für Investitionen in Bildung, In-
 31 frastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge.

32

Begründung

34 Die Vermögensungleichheit in Deutschland nimmt
 35 weiter zu. Der Schweizer Großbank UBS zufolge le-
 36 ben in Deutschland mehr Milliardär*innen als in je-
 37 dem anderen europäischen Land. Im Jahr 2025 ist
 38 das Vermögen dieser Gruppe gegenüber dem Vor-
 39 jahr um 145,9 Milliarden US-Dollar auf insgesamt
 40 692,1 Milliarden US-Dollar angewachsen. Demge-
 41 genüber steht der mittlere Haushalt in Deutschland,
 42 dessen Vermögen lediglich einen verschwindend
 43 geringen Bruchteil dieses Reichtums ausmacht.

Beschlusslage

44 Sowohl global als auch in Deutschland öffnet sich
45 die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter.
46 Eine faire und wirksame Reform der Erbschaftsteuer
47 wäre ein wichtiger, wenn auch nur erster Schritt
48 hin zu mehr Steuergerechtigkeit und sozialem Aus-
49 gleich. Die von der Gesellschaft empfundene Un-
50 gerechtigkeit basiert u. a. auch auf solchen unaus-
51 gewogenen Steuergesetzen wie der aktuellen Erb-
52 schaftsteuer. Das fördert die vielfach empfundene
53 Machtlosigkeit. Rechtspopulistische Parteien haben
54 hier ein leichtes Spiel, das subjektiv gefühlte Emp-
55 finden einer breiten Masse von Menschen für ihre
56 Zwecke zu nutzen.

57 Erbschaften und Vermögen tragen insgesamt nur
58 rund 1,1 Prozent zum Steueraufkommen bei, wäh-
59 rend die Lohn- und Mehrwertsteuer mit jeweils et-
60 wa 30 Prozent den Großteil der öffentlichen Einnah-
61 men sichern. Eine kleine Minderheit kann so im-
62 mer mehr privaten Reichtum anhäufen, während
63 die breite Mehrheit mit maroden Schulen, bröckeln-
64 der Infrastruktur und unzureichend finanzierten öf-
65 fentlichen Leistungen konfrontiert ist.

66 Besonders problematisch ist die Privilegierung gro-
67 ßer Unternehmensvermögen. Die meisten Milliar-
68 där*innen in Deutschland verdanken ihren Reich-
69 tum nicht eigener Leistung, sondern geerbtem Ver-
70 mögen. Die Erbschaftsteuerreform von 2016 hat Fir-
71 menerben durch Instrumente wie die sogenannte
72 Options- und Regelverschonung sowie die Verscho-
73 nungsbedarfsprüfung weiter begünstigt und be-
74 stehende Vermögenskonzentrationen zementiert.

75 Eine Auswertung des NWSG zu 45 Großerb*innen
76 zeigt, dass diese im Jahr 2024 Vermögen in Höhe
77 von fast 12 Milliarden Euro erbten, darauf jedoch im
78 Durchschnitt lediglich 1,5 Prozent Steuern zahlten.
79 Dem Staat entgingen durch diese Privilegien Steu-
80 ereinnahmen in Höhe von rund 3,4 Milliarden Eu-
81 ro. Riesige Vermögen werden damit nahezu steuer-
82 frei weitergegeben, während die breite Bevölkerung
83 deutlich höhere effektive Steuersätze trägt.

84 Eine gerechte Reform der Erbschaftsteuer ist daher
85 dringend notwendig – im Sinne der sozialen Gerech-
86 tigkeit, der Leistungsfähigkeit des Staates und einer
87 solidarischen Gesellschaft. Für Brandenburg bietet
88 sie zudem die Chance, zusätzliche Einnahmen zu ge-
89 nerieren und die Zukunftsfähigkeit des Landes nach-
90 haltig zu sichern.